

BDEW zum Aktionsplan Stromnetz des Bundeswirtschaftsministeriums:

Kapferer: „Schnellerer Netzausbau führt zu mehr Klimaschutz“

„Plan enthält viele positive Aspekte – schmerzlich vermisst wird jedoch ein belastbarer Zeitplan zur Umsetzung“

Berlin, 14. August 2018 – „Das Eckpunktepapier enthält viele richtige Punkte, die zu einem schnelleren Ausbau und einer effektiveren Auslastung der Netze beitragen können. Auch die Vorschläge zu intelligenten Netzen gehen in die richtige Richtung, sie können dazu beitragen, den Netzausbau auf das notwendige Maß zu begrenzen“, sagte Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, heute in Berlin. Bundeswirtschaftsminister Altmaier setze das Thema Netzausbau jetzt ganz oben auf seine energiepolitische Agenda. „Die starke Betonung dieses für das Gelingen der Energiewende entscheidenden Themas sehen wir sehr positiv“, so Kapferer.

„Was ich im Aktionsplan allerdings schmerzlich vermisse, sind konkrete und belastbare Zeitpläne für die Umsetzung dieser Maßnahmen. Was wir brauchen, ist nicht nur Tempo beim Netzausbau, sondern auch bei der Gesetzgebung. Das Ziel, bis 2030 den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 65 Prozent zu erhöhen, schaffen wir nur mit einem zügigeren Netzausbau. Schnellerer Netzausbau führt damit zu mehr Klimaschutz.“

Der Aktionsplan greife mit Blick auf schnellere Planungsverfahren auch Vorschläge des BDEW auf. „Es ist absolut sinnvoll, die Planungs- und Genehmigungszeiten zu verkürzen, wenn es um neue Leitungen auf bereits bestehenden Stromtrassen geht. Auch ein vorzeitiger Baubeginn, bevor auch noch der letzte Meter einer Leitung genehmigt ist, kann den Ausbau beschleunigen.“

Kapferer betonte zugleich die Bedeutung der geplanten Nord-Süd-Leitungen: „So richtig die Verstärkung bestehender Netze und die Nutzung bestehender Trassen ist: Die geplanten Nord-Süd-Verbindungen bleiben unverzichtbar. Wer meint, auf diese Leitungen verzichten zu können, lügt sich in die Tasche.“

Im Aktionsplan des Ministeriums wird angedeutet, dass der Netzausbau sich auch deshalb verzögere, da es keine regulatorischen Anreize für einen möglichst schnellen Ausbau gebe. „Diese Sichtweise ist aus unserer Sicht irreführend und lenkt von den eigentlichen Problemen ab. Die Netzbetreiber haben auf zahlreiche Ursachen für die Verzögerungen keinerlei Einfluss. Schon

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation
Jan Ulland
Pressesprecher
Telefon
+49 30 300199-1160
Telefax
+49 30 300199-4190
presse@bdew.de
www.bdew.de

heute tun die Verteil- und Übertragungsnetzbetreiber alles dafür, um die Leitungen schnellstmöglich zu bauen und werben dafür schon heute vor Ort intensiv – im Gegensatz zu manchem politischen Akteur.“

Die Politik müsse für mehr Verlässlichkeit beim Netzausbau sorgen. Sie stehe in der Pflicht, die Notwendigkeit und auch die positiven Effekte des Leitungsbaus zu vermitteln - auch und gerade dort, wo der Netzausbau mit Belastungen verbunden sei. „Hier sind gerade einige Bundesländer in der Pflicht, ihren Widerstand aufzugeben und konstruktiv am Netzausbau mitzuwirken, statt immer wieder Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag von Peter Altmaier ausdrücklich, das Vorschlagsrecht der Länder für alternative Streckenplanungen zu beschränken.“

Der Netzausbau sei unverzichtbar, allerdings werde der Ausbau allein nicht reichen: „Künftig wird Strom auch im Verkehr und im Wärmemarkt eine stärkere Rolle spielen. Das bedeutet aber nicht, dass das Stromnetz beliebig erweitert werden muss, um auch noch die letzte Kilowattstunde transportieren zu können. Hier lautet das Motto: Intelligenz statt Kupfer. Allein mit mehr Kupfer und Stahl gelingt es uns nicht, die Netze zukunftssicher zu machen. Wir müssen die Netze "smart" machen.“

Das Investitionsvolumen zum Aus- und Umbau der Netze ist gewaltig: Allein im Verteil- und Übertragungsnetz müssen aufgrund der Integration der Erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren über 40 Milliarden Euro investiert werden, hinzu kommen die Investitionen in die Gasinfrastruktur.